

WS 01

**Grenzen der Zugehörigkeiten: Das Ende der Aushandlungen im Kontext globaler Mobilität
(Roundtable)**

02.10.2019, 9:30-11:00 Uhr, Raum A701

Organisiert von / organized by:

Heike Drotbohm (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)

Martin Sökefeld (LMU München)

Obergrenzen, Belastungsgrenzen, die Grenzen der Toleranz, Zurückweisungen an der Grenze – spätestens seit dem “Sommer der Migration” sind “Grenzen” wieder zentrale Figuren im politischen Diskurs über Mobilität und Migration. Ging es in den Jahren der Globalisierungseuphorie darum, Grenzen zu überwinden und einzureißen, werden Grenzen nun nicht mehr als Problem, sondern als dessen Lösung propagiert. Auch wenn in Bezug auf Migration Grenzen niemals in derselben Weise in Frage gestellt wurden, wie in anderen Feldern der Globalisierung, ist ihre gegenwärtige Essentialisierung und Re- Naturalisierung unübersehbar. Zugehörigkeiten, Identitäten und Rechte werden von ihnen abgeleitet. Eine sozialkonstruktivistische Perspektive auf Grenzen ist im öffentlichen und politischen Diskurs kaum vermittelbar. Die Betonung von Gleichheit und das Eintreten für ungehinderte Mobilität erscheinen bestenfalls als naiv. Gleichzeitig baut die Migrationspolitik neue Grenzen und Differenzlinien auf, etwa wenn der Zugang zu Territorien, staatlichen Leistungen oder politischer Teilhabe an politisch aufgeladenen Personenkategorien festgemacht und zwischen ‘guten’ und ‘schlechten’ Flüchtlingen oder zwischen Flüchtlingen und Migranten unterschieden wird. Projekte der humanitären Hilfe, des zivilgesellschaftlichen Engagements oder aktivistische Positionen folgen mitunter den gleichen Unterscheidungslogiken.

Mit den Teilnehmer_innen des Roundtable wollen wir diskutieren, welche Positionen die Ethnologie gegenüber diesen Grenzziehungen und Differenzierungsprozessen einnehmen kann. Wie gehen wir mit Grenzen um, die als scheinbar unverhandelbar dargestellt werden, wie verhalten wir uns gegenüber Kriterien der Zugehörigkeit, die gesetzt oder als selbstverständlich artikuliert werden, wie sehen wir die Grenzziehungen von Akteur_innen, deren politische Positionen wir teilen? Nicht zuletzt gilt es auch, unsere eigenen Grenzen der Aushandlung, etwa gegenüber populistischen oder radikalen Positionen zu reflektieren. Um die Diskussion für eine breitere Öffentlichkeit zu öffnen, schlagen wir vor, die Diskussion des Roundtable in deutscher Sprache zu führen.

Vortragende / Speakers:

Sabine Strasser (Universität Bern)

Nur wer er es verdient! Krisenstimmungen und Grenzziehungen in Europa

An den europäischen Grenzen nimmt die Brutalität gegenüber “unerwünschten Personen” zu. Die Mauern und Zäune befinden sich allerdings nicht nur an den Rändern Europas, sondern wachsen ebenso zwischen den Nationalstaaten und im Inneren der Mitgliedsstaaten. In diesem Beitrag werde ich diskutieren, wie die Zustimmung zu gewaltsamen Grenzziehungen in weiten Teilen der Bevölkerungen durch “Krisen” hergestellt wird und wie in der Folge die Aufrechterhaltung von „Krisenstimmungen“ die Verteilung von un/berechtigten Asylwerber_innen formt. Die Politik bedient sich dabei unterschiedlicher Instrumente, welche Grenzen externalisieren und nach EU-Diktion sowohl Leben retten als auch humanitäre Pflichten gerecht verteilen. Ich werde die widersprüchlichen Auswirkungen der Instrumente Rückübernahme (readmission), Umsiedlung (resettlement) und Umverteilung (relocation) im Zusammenhang mit dem EU-Türkei Deal nachzeichnen.

Sabine Strasser forscht und publiziert zu Grenzen im Alltag sowie zu Krisen und deren Effekte in Europa. Dafür untersucht sie seit 2016 die Auswirkungen des EU-Türkei-Deals auf Geflüchtete, lokale Organisationen und internationale humanitäre Hilfseinrichtungen in der türkischen Ägäis-Region. In diesem Roundtable-Beitrag setzt sie sich mit Fragen der Externalisierung von Grenzen und der Bedeutung von Rücknahmeabkommen und Resettlement auseinander.

Stephan Dünwald (Bayerischer Flüchtlingsrat)

Die Stunde der Hardliner

Diskurse und Praktiken der Migrationspolitik verlaufen in Zyklen. Auf jede Lockerung oder verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen und Migrant_innen folgt eine repressive Antwort, die meist erst nach der eigentlichen „Krise“ richtig greift. Auf die schlechte Kontrollierbarkeit des „Sommers der Migration“ folgt eine Antwort der Hardliner, deren Durchsetzungskraft daraus schöpft, dass die Krise immer wieder beschworen wird und sich „nie wiederholen darf“. Dies ist keineswegs ein „Ende der Aushandlungen“, sondern eine verschärfte Debatte, die sich mehr an politischer Profilierung als an pragmatischen Überlegungen oder menschenrechtlichen Grundsätzen festmachen lässt. Ergebnis dieses Prozesses ist der Versuch, Geflüchtete und ihre Unterstützer_innen die Gleichheit abzuspochen, und damit den Aushandlungen ihre bestehenden Grundlagen zu entziehen.

Stephan Dünwald ist Migrationsforscher und Mitarbeiter des Bayerischen Flüchtlingsrats. Er hat zahlreiche Forschungen zu den Themen Rückkehr und Abschiebung von Flüchtlingen, zu Migration und Entwicklung, sowie zu Aufnahmesystemen und ehrenamtlichem Engagement in Deutschland, Mitteleuropa und Westafrika durchgeführt.

Boris Nieswand (Universität Tübingen)

Migration, Moralische Polarisierung und Reflexivität

Die politischen Entwicklungen, die in der Silvesternacht 2015/16 einsetzten, förderten die Diagnose einer politisch-moralisch gespaltenen Gesellschaft zutage, die sich entlang von Fragen der Migration, Grenzen, nationaler Souveränität und Identität entzweit. Diese Polarisierung ist eng mit einer allgemeinen „Konjunktur der Moralischen“ sowie den damit verbundenen Formen von gesellschaftlicher Achtung und Verachtung verbunden. Versteht man Moralisierung im Anschluss an Norbert Elias und Axel Honneth als eine Form der Hierarchisierung von allgemein als wertgleich vorgestellten Personen, wird erkennbar, dass gesellschaftliche Verteilungskämpfe nicht nur um materielle Güter und institutionelle Macht geführt werden, sondern auch darum, wem es aufgrund welcher Kriterien zusteht, andere zu verachten. Zu den originären Aufgaben der Sozial- und Kulturwissenschaften gehört es, diese Eigenlogiken des moralischen (Ver)Urteilens sowie deren Resonanz mit gesellschaftlichen Macht- und Hierarchieverhältnissen zu erforschen und zu reflektieren. Will ein solches Projekt glaubwürdig sein, beinhaltet es auch, eigene Wissensbestände, Positionierungen und epistemische Ordnungen reflexiv daraufhin zu befragen, welche moralischen-normativen Haltungen in sie eingeschrieben sind, wie sie zur Konstruktion „moralisch Anderer“ beitragen und welche Rolle dies für Prozesse gesellschaftlicher Polarisierung einerseits und wissenschaftlicher Wissensproduktion andererseits spielt.

Boris Nieswand hat sich aus verschiedenen Blickwinkeln sowie in unterschiedlichen regionalen und sozialen Kontexten mit Fragen der Migration und Diversität beschäftigt. In seinen ethnografi-

schen Forschungen versucht er vor allem die Formen der Beobachtung von Migration und Diversität dadurch zu verändern, dass er reflexives Wissen um die epistemischen Bedingungen dieser Beobachtung mit in die Perspektive auf den Gegenstandsbereich einarbeitet.

Friederike Stahlmann (MPI Halle/Saale)

Grenzen des Asylrechts? Öffentlichkeitsarbeit im Zuge von Abschiebungen nach Afghanistan

Der politische Diskurs rund um Afghanistanabschiebungen scheint mir ein typisches Beispiel für die Kategorisierung in „gute“ vs. „schlechte“ Flüchtlinge zu sein. So wird von Seiten des BMI und der Länder weiterhin die Zahl der abgeschobenen Straftäter, sog. Gefährder und Identitätsverweigerer betont. Die Schutzbedürftigkeit eines Vergewaltigers erscheint für die Lobbyarbeit gegen Abschiebungen jedoch kaum realistisch. So passt sich die PR-Arbeit gegen Abschiebungen diesem Diskurs über „Nützlichkeit“/„Schädlichkeit“ an und bemüht sich, die Legitimität der Abschiebungen durch „gute“ Gegenbeispiele in Frage zu stellen: der Bäckerlehrling, dessen Meister so begeistert von seinem Fleiß ist; der gut integrierte junge Mann, der sich ehrenamtlich engagiert und seine alte Mutter pflegt, etc. Asylrechtlich relevante Fragen der tatsächlichen Risiken bei Rückkehr werden so zugunsten einer Prüfung der ökonomischen Verwertbarkeit und vermeintlichen kulturellen Assimilation der Betroffenen „geopfert“. Meiner Erfahrung nach ist es Ethnologen jedoch durchaus möglich, sich diesem Diskurs zu entziehen und auf Grundlage einer Analyse der drohenden Gefahren bei Rückkehr die Bedeutung der asylrechtlichen Frage des Schutzes von Leben in die öffentliche Debatte einzubringen und damit auf Interesse zu stoßen.

Friederike Stahlmann (M.A. Religionswissenschaft, MA International and Comparative Legal Studies) ist Doktorandin am MPI für ethnologische Forschung. Regional auf Afghanistan spezialisiert, forscht sie derzeit zu Fluchtursachen und Risiken, denen Asylbewerber in Folge von Abschiebung ausgesetzt sind. Als Gutachterin und Referentin engagiert sie sich für die Anerkennung dieser Risiken in der Asylrechtsprechung, Innenpolitik und Öffentlichkeit.